



Gesundheitspolitischer Dialog mit Hermann Gröhe

Erschienen am 14.10.2016

Wie wirkt sich die Digitalisierung aus Sicht der Bundesregierung auf die Zukunft des Gesundheitswesens aus? Darüber diskutierte Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe (CDU) beim Gesundheitspolitischen Dialog der Industrie- und Handelskammern NRW mit namhaften Vertretern der Gesundheitsbranche. Die Veranstaltung lockte zahlreiche Gäste auf den Bochumer Gesundheitscampus, auf dem auch die Geschäftsstelle des IFK ansässig ist.

Als deutschlandweit einmaliger Kompetenzraum zur Entwicklung moderner Informations- und Kommunikationstechnologien für das Gesundheitswesen bietet der Gesundheitscampus Bochum die optimale Kulisse für interdisziplinären Austausch über zukunftssträchtige Branchenthemen und lockt immer wieder prominente Persönlichkeiten nach Bochum. In dieser Woche erörterte Bundesgesundheitsminister Gröhe gemeinsam mit Verantwortlichen von Krankenkassen, IT-Unternehmen, Altenpflege, Wissenschaft und Pharmaindustrie über Chancen und Herausforderungen von Telemedizin, Big Data und globaler Vernetzung im Gesundheitswesen aus.

Prof. Dr. Anne Friedrichs, Präsidentin der Hochschule für Gesundheit in Bochum, brachte auch das Thema Modellklausel für Therapiestudiengänge auf, die im aktuellen Gesetzentwurf des Dritten Pflegestärkungsgesetzes (PSG III) um weitere fünf Jahre verlängert werden soll. Sie verließ dem Wunsch Nachdruck, politische Unterstützung für eine baldige dauerhafte Verankerung des Studiums in den Berufsgesetzen zu erhalten. Gröhe betonte daraufhin, dass auch er Anhänger einer modernisierten Berufsausbildung mit stärkerem Fokus auf Akademisierung sei, die Änderung von Berufsgesetzen jedoch ein langwieriger Prozess sei.

Der IFK setzt sich ebenfalls dafür ein, dass das Masseur- und Physiotherapeutengesetz spätestens in der nächsten Legislaturperiode entsprechend geändert wird, um die Professionalisierung unseres Berufsstands weiter voranzutreiben. Der neue IFK-Geschäftsführer Ingo Werner nutzte auch vor dem Hintergrund des laufenden Gesetzgebungsverfahrens des Heil- und Hilfsmittelversorgungsgesetzes (HHVG) die Gelegenheit der Veranstaltung, um mit den relevanten gesundheitspolitischen Akteuren Gespräche zu führen.